Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

er ihnen eben in neuer Sprache Heimat geben müssen. Und das mit derselben Selbstverständlichkeit, wie er in seinen Distichen wissenschaftlichen Ausdrücken oder fremden geographischen Namen Eingang gewährt.

Mehltau fürcht' ich und Rost, sie bedrohen mir blühende Rosen,
Schwefel träufl' ich hinab, bade mit Kupferkalk sie ...

Petrosenys gedenk' ich, der Höhe Mormonta, Canenis,
Campolungs, Predeals, deiner o Oitozpaß auch ...

Guillemont nenn' ich, umbrandet von Wettern, Clérу und Guinchy,
Flers, Bouchavesnes, Courcelette, Frégicourt, Sailly, les Boeufs ...

Gewiß sind solche Verse nicht das, was Friedrich Georg Jünger zu einem Dichter machen möchte, aber sie sind Zeichen seiner unbekümmerten Bildung, wobei uns bewußt wird, daß es vielleicht in der heutigen Zeit kein feindlicheres Paar gibt als eben Unbekümmertheit und Bildung. Und daß an dieser Feindschaft beide Mächte in Gefahr sind, zu verkommen.

Seinem Bruder Ernst gegenüber scheint Friedrich Georg Jünger die glücklichere Natur zu sein bei gleichen Erlebniskreisen. Oder ist es nur die gehobene Form großer Lyrik, die die Bitterkeit des Tages zu verjagen imstande ist, gegenüber der doch schon so haltungsschönen Prosa Ernst Jüngers? Anthologien der Zukunft werden Vergleiche anstellen über die Behandlung desselben Erlebnisses bei den beiden Brüdern, z. B. zwischen dem „Dalmatinischen Aufenthalt" Ernst Jüngers und der Elegie „An das Licht" Friedrich Georg Jüngers. Und es werden sich die verschiedenen Stilgebote mit erstaunlicher Klarheit daraus ablesen lassen. Wo aber, unter welchem Titel werden diese Anthologien die Brüder einordnen? Unter die Apokalyptiker des 20. Jahrhunderts? Oder unter die Verkünder eines neuen Humanismus? An eine Stelle, die an diejenige Maurice de Guérins, des früh vollendeten Nachklassikers unter den französischen Romantikern, erinnert? Jedenfalls unter die, welche durch ihren Wert den stärksten Gegenbeweis führen gegen den Pessimismus, den sie verkünden.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Schweiz und der Rheinkonflikt.

Von allen Staaten, die, neben den unmittelbar beteiligten Mächten des Locarno-Paktes, durch die deutscherseits erfolgte „Aufkündung" dieses Vertrages betroffen werden, ist wohl die Schweiz vielleicht am unmittelbarsten berührt. Denn wenn ein Staat nicht nur aus einem generellen Interesse am Frieden die Vermeidung eines deutsch-französisches Konfliktes wünschen muß, sondern durch die kriegerische Eventualität direkt körperlich berührt würde, so ist es die Schweiz. Das ergibt sich nun nicht nur aus ihrer geographischen Lage, sondern ebenso aus ihrer Tradition, wie sie aus den Abmachungen des Wiener Kon-

gresses im Jahre 1815 hervorgegangen ist. Damals und seitdem bis wenigstens zum Ende des Weltkrieges begründete und erhielt sich sowohl bei Deutschland wie bei Frankreich die Überzeugung, daß die Stellung der Schweiz als Flankenschutz nach beiden Seiten nicht nur ihrer geographischen Lage entspreche, sondern im Interesse gerade der beiden Großstaaten gegeben sei. Wir selbst sind damit gut gefahren.

Leider ist durch unseren Beitritt zum Völkerbund eine erhebliche Bresche in dieses System geschlagen worden, und wenn wir heute eine politische Aufgabe haben, so ist es die, das Loch so rasch wie möglich wieder zuzumachen und den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Gerade im Interesse dieser Aufgabe müssen wir umso gespannter auf die deutsch-französischen Beziehungen blicken und die Gefahren zu erkennen suchen, die aus der weiteren Entwicklung der Gegensätze zwischen diesen beiden Staaten auch für uns erwachsen können. Dabei haben wir, was eigentlich zu betonen überflüssig ist, ganz allein und ausschließlich das schweizerische Interesse wahrzunehmen und uns in keinen Handlungen von irgendwelchen andern Beweggründen leiten zu lassen, Sympathie und Antipathie also ohne jede Rücksicht auszuscheiden. Die andern Staaten machen es auch nicht anders und was dem Großen recht ist, muß natürlich auch dem Kleinen billig sein. Zudem sind Gefühle der Sympathie oder Antipathie in der Politik eine gefährliche Sache, was sich schon aus der gegebenen Gegensätzlichkeit der beiden Begriffe — Politik und Gefühl — ergibt. Die Staatspolitik zumal muß solcher Empfindungen völlig entraten, sonst können sich die eigentümlichsten Folgen ergeben. Ein Beispiel dafür ist die schweizerischerseits geschenkweise erfolgte Aufgabe der Neutralität Hochsavoyen's im Jahre 1919! Daß das zarte Herz des Herrn Ador damals freudig für Frankreich und die Zivilisation schlug, war schließlich sein Privatvergnügen; daß aber das Schweizervolk, diesem zarten Gefühl entsprechend, den Franzosen ein Geschenk ohne jede Gegenleistung machte, war nicht nur unnötig, sondern einfach dumm. Man sieht also deutlich, wohin solche Gefühlspolitik führt. In dieser Beziehung haben wir und mit uns wohl ein recht großer Teil des Schweizervolkes heute nur einen Wunsch, aber einen recht bestimmten: wenn in kurzer Frist die Franzosen tatsächlich, wie General Maurin heute in der Kammer ankündigte, von der Schweiz das Recht zum Bau von Befestigungen in Klein-Hüningen verlangen sollten — eine zu Gunsten der Schweiz bezw. der Stadt Basel im Jahre 1815 errichtete Servitut untersagt solche Anlagen, und diese Servitut steht, so wie am Tage ihrer Errichtung, auch heute in voller Rechtsgültigkeit — in diesem Fall möchten wir der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß sich nicht wieder ein Herr Ador finde. Sonst könnte es, so vermuten wir, einige recht ungemütliche Stunden in der schweizerischen Politik geben. Heute wird nichts mehr verschenkt!

Die vertragswidrige Aufhebung des Rheinpaktes durch Deutschland hat vorerst schlimme Folgen gezeitigt. Die akute Gefahr einer französischen Mobilisation mit allen ihren unabsehbaren Konsequenzen ist zwar einstweilen gebannt, aber noch nicht endgültig ausgeschieden. Solange aber diese Gefahr besteht, sind auch wir in einer sehr ernsten Lage. Wir aber haben nur ein einziges politisches Interesse, nämlich die Erhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich — um jeden Preis. Uns kann es völlig gleichgültig sein, ob der Friede selbst auf der Grundlage eines formellen Vertragsbruches zustande kommt oder nicht, wenn er sich nur als dauerhaft erweist. Das ist das schweizerische politische Interesse, und das allein darf für uns maßgebend sein. Ob bei einer deutsch-französischen Verständigung der eine oder der andere mehr oder weniger Opfer bringt, ist uns ebenso gleichgültig, unter dem einzigen Vorbehalt natürlich, daß die Opfer nicht derart sind, daß sie den Keim eines künftigen Konfliktes bereits in sich tragen. Ander-

seits sind wir allerdings der Ansicht, daß der Bruch freiwillig eingegangener Verpflichtungen die Sicherheit und Dauerhaftigkeit einer Verständigung so wenig zu fördern geeignet ist, wie untragbare Opfer, die einem wehrlosen Besiegten auferlegt werden. Grundlage jeder dauerhaften Verständigung ist schließlich einzig das Vertrauen, und dieses wird weder durch das eine noch durch das andere Vorgehen gestärkt! Daß Deutschland politisch und vom Standpunkt der Gleichberechtigung sich in einem günstigen Moment von einer diskriminierenden Bindung gelöst hat, ist durchaus verständlich und in der Geschichte schon mehr als einmal vorgekommen: Ein Bruch eines Vertrages bleibt aber doch ein Bruch eines Vertrages, bei allem politischen Verständnis, das man dafür haben kann!

Glücklicherweise darf man heute doch wenigstens die zarte Hoffnung hegen, daß eine umfassende Verständigung erreicht werde und zwar in der Hauptsache infolge der großzügigen Angebote des deutschen Reichskanzlers.

Auch in Frankreich erheben sich mehr und mehr Stimmen, die einer Verständigung, einem Verzicht auf die Entmilitarisierung der Rheinlandzone, das Wort reden. Der erste Schrecken scheint nun doch vorbei zu sein, und es gibt wohl kaum einen vernünftigen Franzosen mehr, der glaubt, im Wege der Gewalt oder wirtschaftlicher Druckmittel den Schritt vom 7. März wieder rückgängig machen zu können. Unmittelbar nach dem einseitigen Akt Deutschlands muß aber die Stimmung in Pariser Regierungskreisen äußerst gefährlich gewesen sein, und wenn es nach den Herren Mandel und selbst Sarraut gegangen wäre, hätten wir heute Krieg oder akute Kriegsgefahr. In jenen Stunden haben sich anscheinend die französischen Militärs als die Vernünftigen erwiesen. Sie kennen ja auch den Krieg besser als die Politiker und wissen, daß es leichter ist, vom Klubsessel eines Ministerzimmers aus pathetisch ein unwiderrufliches Wort zu sprechen, als vielleicht monatelang unter feindlichem Feuer im Schützengraben im Dreck zu liegen.

Wenn so das schweizerische Interesse einzig und ausschließlich durch eine Verständigung gewahrt scheint, so ist es umso bedauerlicher, festzustellen, daß in unserer großen Presse fast durchwegs eine völlig andere Tendenz zum Durchbruch kommt. Aus verbohrter Feindschaft gegen Deutschland und sein politisches System hat sich eine gewisse Presse dazu hinreißen lassen, mehr oder weniger direkt zum Krieg zu treiben. So wurden die unsinnigsten und gefährlichsten Gedanken, die begreiflicherweise unmittelbar nach dem Gewaltstreich in Paris auftauchten, mit Beifall begrüßt und in langen Telegrammen und Artikeln breitgeschlagen, die von Anfang an mäßigenden Töne aus England aber mit einem hörbarem Stirnrunzeln und deutlichem Mißfallen aufgenommen, und ich bin fest überzeugt, daß man in gewissen Redaktionsstuben heute direkt betrübt darüber ist, daß Frankreich eventuell doch noch mit Deutschland wieder verhandeln könnte. Eine schreckliche Aussicht! Zu gewissen Stunden ergab sich sogar, daß unsere Presse sich viel wilder gebärdete als selbst die Franzosen, die doch wirklich allen Anlaß dazu hatten und manchmal blieb dem verdutzten Leser gewisser Leitartikel nichts anderes mehr, als in ein herzliches Lachen auszubrechen ob dem kriegerischen Blödsinn, der da aufgetischt wurde. Diese Leute sollten, wenn es wirklich einmal losgeht, allesamt in einen französischen Schützengraben abkommandiert werden und sich für einige Zeit von der wohlig warmen Redaktionsstube mit Klubsessel beurlauben lassen! Wenn die ganze Sache nicht so ungeheuer ernst wäre, so könnte man über solche journalistischen Humoristen, die vor lauter herzensguter Sympathie das Interesse der schweizerischen Politik, natürlich völlig gutgläubig, gänzlich vergessen, lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Oder glauben diese Leute etwa im Ernst, daß die Schweiz an der andauernden Diskriminierung Deutschlands und der Überlegenheit der französischen Macht ein Interesse habe? Ist es denn nicht vielmehr dieses, was uns dient: das völlige Gleichgewicht der Kräfte Deutschlands einerseits und Frankreichs und seiner Affilierten anderseits?

Leider ist diese Presse mit ihren Methoden im Begriff, große Teile des Schweizervolkes Tag für Tag mehr irrezuführen, in ihnen das Gefühl für Neutralität und damit den Neutralitätswillen zu untergraben. Die Gefahr, die ständig wachsend aus solcher Beeinflussung sich ergibt, ist schon sehr groß. Man hat es ja bereits an verschiedenen Beispielen erlebt, wie weit die Verhetzung gediehen ist.

Glücklicherweise aber gewinnen die Kreise, die sich mit aller Macht gegen eine so unvernünftige Politik auflehnen, mehr und mehr an Boden. Wir wissen wohl, daß uns eine harte Arbeit bevorsteht. Wir wissen aber außerdem, daß das Schweizervolk in seinen besten Schichten, auf dem Lande nämlich, im Grunde — mit Einschluß der Welschen — keineswegs gewillt ist, sich von Aposteln des Hasses auf jene abschüssige Bahn stoßen zu lassen, die in das Dunkel und zum Grabe der Freiheit führt.

Zürich, 19. März 1936. Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Wie in einem aufgescheuchten Ameisenhaufen geht es seit dem 7. März in Europa zu. Plötzlich und unvorbereitet mußte von allen Seiten zu einem wesentlichen Punkte der europäischen Politik Stellung genommen werden. Und wie jedesmal bei solchen unvorbereiteten Entschlüssen traten auch jetzt die tatsächlichen politischen Verhältnisse in scharfer Klarheit zu Tage. Es zeigte sich deutlich, wie jede Großmacht heute in ziemlicher Isolierung ihre eigene Politik gemäß ihren eigenen Lebensinteressen verfolgt.

England hat angesichts der ostafrikanischen Schwierigkeiten dicht am Hauptstrang seines Weltreiches und angesichts des immer größern Appetits Japans im fernen Osten heute nur ein Bestreben in seiner europäischen Politik: Die Erhaltung und Festigung der Ruhe. Aus dieser Einstellung heraus nimmt es kühl und sachlich zu den Festlandsereignissen Stellung und ist ohne weiteres bereit, Ballast abzuwerfen, wenn das nach seiner Überzeugung notwendig ist. In der Frage der Aufrechterhaltung der drückenden Lasten des Versailler Vertrags gegenüber Deutschland ist man aber in England längst schlüssig geworden und hat das z. B. beim Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens vom letzten Frühjahr deutlich gezeigt. Man hat damals den deutschen Verstoß gegen das zu Papier gebrachte Recht zwar verurteilt, unmittelbar darauf aber aus der tatsächlichen Lage die Folgerungen gezogen und sich auf dem Gebiet einfach mit Deutschland geeinigt, das England am nächsten liegt. Heute sehen wir eine ähnliche Entwicklung im vollen Werden. England hat begriffen, daß es heute besser zum Ziele führt, wenn man in freier Verhandlung haltbare Abkommen mit Deutschland schließt, statt auf der Innehaltung des Buchstabens unhaltbar gewordener Zwangsverträge zu beharren. Das ist englische Politik nach alter englischer Überlieferung!

Dem gegenüber sieht Frankreich auch heute sein einziges Heil in der gewaltsamen Niederhaltung Deutschlands. Es bleibt der Politik Barthous getreu und und ebenso der Politik eines Delcassé, eines Poincaré, eines Clémenceau ..... Deshalb hat man den Russenpakt geschlossen, trotzdem in dessen Schutz sofort eine ungeheure Aktivität des Kommunismus in Frankreich einsetzte. Deshalb hält es auch jeden Fetzen seines zur Niederhaltung Deutschlands so fein gesponnenen Netzes von Versailles krampfhaft bis zum Äußersten fest. Immer bietet sich das gleiche Bild: Bei der Rheinlandräumung, bei der Saarfrage, bei den Rüstungsfragen und jetzt bei der Frage der Entmilitarisierung hat Frankreich freiwillig nie nachgegeben, bis es jeweilen — zu spät war. So ist es zum Vornherein klar, daß mit Verhandlungen von Frankreich nichts zu erhalten ist, und so ist es zu der heute von Deutschland betriebenen Politik der vollendeten Tatsachen gekommen. Aber auch jetzt noch

sucht Frankreich mit allen Kräften die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu halten. Als England nicht ohne weiteres auf dem in Paris in der ersten Aufregung gewählten Weg des Zwangs, der Sanktionen und nötigenfalls der Gewalt mitmarschieren wollte, da sparte man mit den schärfsten Drohungen nicht: Bezug der Grenzstellungen gegenüber Deutschland, teilweise Mobilmachungsmaßnahmen, Drohung mit dem Austritt aus dem Völkerbund und schließlich selbst mit der allgemeinen Mobilmachung! Wahrscheinlich wird aber Frankreich auf diesem Wege die Richtigkeit des alten Sprichwortes erfahren: allzu scharf macht schartig.

Seine Lage wird dadurch nicht viel besser, daß sich der russische Bundesgenosse womöglich noch eifriger gebärdet als Frankreich selbst. Bei Herrn Litwinow ist man sich ja allerseits darüber im Klaren, daß sein einziges Bestreben heute ist, Europa möglichst durcheinander zu bringen. Dazu kommt gegenüber Deutschland noch der Wunsch, diesen scharf antikommunistischen Staat möglichst zu binden und unschädlich zu machen, um auf alle Fälle an der russischen Westgrenze sicher zu sein, wenn es einmal im fernen Osten losgehen sollte. So sehen wir heute die Russen als eifrigste Schürer des Feuers.

Umgekehrt ist heute die Rolle Italiens. Es hält sich sehr zurück und macht möglichst wenig von sich reden. Für Mussolini ist es ja ein Glücksfall besonderer Art, daß mitten im gefährlichsten Abschnitt seines Abessinienzuges Deutschland die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht und so auch England einstweilen aktionsunfähig macht. Italien spielt denn auch in dieser Lage die gleiche Rolle wie seit Jahren: Es steht dem Meistbietenden zur Verfügung, sucht aber einstweilen durch seine Zurückhaltung den eigenen Wert noch möglichst zu steigern.

Neben diesen 4 Mächten spielen die andern europäischen Staaten eine verhältnismäßig geringe Rolle. Frankreich verfügt wie immer über seine getreuen Vasallen im Osten in den Gliedern der kleinen Entente. Deren Verstärkung durch den Balkanbund ist allerdings von zweifelhaftem Werte, da sich sowohl Griechenland wie die Türkei entgegen den Behauptungen von Havas durchaus nicht ohne weiteres auf den französischen Kurs festlegen lassen. Weiter fällt diesmal Polen für die französische Partei ziemlich aus, dem die französische Sowjetfreundschaft zu gefährlich ist, um deswegen das gute Verhältnis mit Deutschland aufs Spiel zu setzen. Dafür ist nun im belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland für Frankreich ein besonders eifriger Bundesgenosse aufgestanden, der nicht nur mit, sondern vor Frankreich durch Dick und Dünn geht. Ob sich das für das innerlich stark geschwächte Belgien lohnen wird? Es ist sehr daran zu zweifeln. Auf jeden Fall wird dadurch kurz vor den belgischen Wahlen die flämische Abneigung gegen die jetzige Staatsführung mächtig geschürt.

Die nordischen neutralen Staaten halten sich wie immer stark zurück und beschränken sich sehr richtiger Weise darauf, zur möglichsten Beruhigung beizutragen.

Unter solchen Umständen ist kaum anzunehmen, daß es überhaupt und sicher nicht schnell zu einem geschlossenen Vorgehen gegen das Deutsche Reich kommen wird. Wohl ist die Lage gespannt und niemand kann wissen, ob nicht aus einer unverantwortlichen Ecke das Feuer angefacht wird. Aber die verantwortlichen Leute in allen Staaten werden sich unter den gegebenen Verhältnissen hüten, das Signal zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zu geben. So werden denn zeitraubende Verhandlungen einsetzen, die vielleicht plötzlich wieder zu einem völligen Szenenwechsel führen werden.

* * *

Ist so die allgemeine Gefahr, die aus dem zweiten Gewaltstreich Hitlers hervorgegangen ist, nicht besonders groß, so hat die französische Gegenwirkung doch mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, daß das deutsch-französische Verhältnis nach wie vor eine ungelöste Frage ist. Es ist aber auch die Kernfrage der mitteleuropäischen Politik. So lange hier nicht ein tragfähiger und haltbarer

Zustand geschaffen ist, so lange ist Europa ständig in Gefahr, ein furchtbare Explosion zu erleben.

In diesen Blättern ist seit ihrem Entstehen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß auf der Grundlage von Versailles ein gedeihliches deutsch-französisches Verhältnis nicht entstehen kann. Die Zeit hat uns Recht gegeben, nicht einmal, sondern hundertmal! Wir können es deshalb durchaus nicht bedauern, daß wieder ein Stück Versailles beseitigt worden ist. Wir würden es für ein Glück halten, wenn mit diesem unseligen Werk möglichst rasch gänzlich aufgeräumt würde und zwar gleichgültig auf welchem Wege. Wir halten dieses Verschwinden von Versailles auch als im vollen Interesse unseres Landes gelegen und können es deshalb nicht begreifen, wieso ein wesentlicher Teil unserer schweizerischen Presse heute wieder einmal mit Pauken und Trompeten dem von Paris ausgegebenen Stichwort der französischen Politik Gefolgschaft leistet und sich für die Erhaltung von Versailles ereifert! Wir halten demgegenüber für die einzig mögliche Losung einer mitteleuropäischen Friedenspolitik: Schluß mit Versailles!

Allerdings sollte es nicht dabei bleiben, sondern es muß sich zu dieser Maßnahme, die erst für alles übrige den Weg frei machen muß, dann auch eine aufbauende Politik der Einigung und des Zusammengehens gesellen. Wir halten diese Politik für möglich und gangbar. Wir sehen auch in den Vorschlägen Hitlers in seiner großen Reichstagsrede vom 7. März die Mittel aufgezeigt, die zunächst eine Beruhigung und vielleicht gestützt darauf auch ein Zusammengehen ermöglichen könnten. Wir hoffen deshalb, vor allem auch im Interesse unseres eigenen Landes, daß in London oder Genf oder irgendwo sonst der Rank zu positiver staatsmännischer Arbeit gefunden werden möge. Sonst sehen wir für die Zukunft von Mitteleuropa schwarz. Denn es ist ja heute ganz offensichtlich, daß sich der deutsche Rüstungs- und Machtaufstieg nicht mehr unterbinden läßt, wenn man nicht alles aufs Spiel setzen und eben an die Waffen appellieren will. Wer aber wird dafür im heutigen Europa und bei der heutigen Kriegstechnik die Verantwortung übernehmen?

Aarau, den 18. März 1936. Hektor Ammann.

Spannung am Rhein.

Mit der Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen ist in Europa eine neue Spannung entstanden, die natürlich gerade in Elsaß-Lothringen, wo die beiden Großmächte Frankreich und Deutschland aneinanderstoßen, besonders empfunden wird. Deshalb aber ist es doppelt nötig, daß von hier aus die Entwicklung der Ereignisse mit kaltem Blut verfolgt wird, und mag es auch vielleicht angebracht sein, von hier aus als der in einem neuen Krieg zwischen den beiden Ländern am meisten gefährdeten Zone ein sachliches Urteil zu wagen.

Es ist schon in dieser Zeitschrift kurz vor der Saarabstimmung auf den geradezu tragischen Zug der französischen Außenpolitik seit 1918 hingewiesen worden, die, wenn man den Versailler Vertrag als Ausgangspunkt annimmt, tatsächlich große Zugeständnisse an Deutschland machte, diese Zugeständnisse aber immer so spät erst einräumte, daß sie in Deutschland nicht mehr als freiwillig empfunden wurden und daher auch dort weiter keine Erkenntlichkeit auslösten. Und hier rühren wir bereits an die große Schwierigkeit, die zum Verhängnis zu werden droht. Wer die Franzosen und die Deutschen kennt, wer in die Denkweise der Franzosen und in das Empfinden der Deutschen einzudringen suchte, wird es nie schmerzlicher als in diesen Tagen festgestellt haben: Die Partner reden aneinander vorbei. Sie sind beide von ihrem Recht überzeugt, aber sie verstehen beide unter Recht etwas anderes, und man muß sich in diesen Tagen — leider — mit Sorge fragen, wie dieses unselige Mißverständnis einmal behoben werden soll.

Wenn die Franzosen sagen, sie verabscheuen nichts so sehr wie einen neuen Krieg, reden sie unzweifelhaft aus tiefster Überzeugung. Sie sind als die Sieger des letzten Krieges naturgemäß konservativ und für Stabilität in Europa. Das französische Volk ist friedlich gesinnt und seit 1918 immer von der Sorge geplagt, Störenfriede in seiner Nachbarschaft wären weniger als es selbst mit ihrem Besitz und Bestand zufrieden. Als Unruhestifter aber empfindet es zuerst das deutsche Volk, das ständig in Bewegung ist. Dem natürlichen Prinzip der Statik steht auf der anderen Seite das natürliche Prinzip der Dynamik gegenüber. Wie kann aber das, was in sich ruhen will, nicht beunruhigt sein durch das, was neben ihm brodelt?

Dazu kommt noch etwas anderes. Die französische Außenpolitik ist im großen und ganzen seit dem letzten Kriege stets irgendwie von einer heimlichen Unsicherheit beherrscht gewesen. Mit Recht haben Franzosen, gerade weil sie auf ihr Land und die geschichtlichen Leistungen ihres Volkes stolz sind, dieser Politik den Vorwurf gemacht, daß sie jedenfalls eines Siegers nicht würdig war. So wenig die Verteidigung des Frankens ein tragender Gedanken der Innenpolitik ist, so wenig kann die „Sicherheit" ein tragender Gedanke der Außenpolitik eines Landes sein, das sich zu den Großmächten Europas zählt. Aber wie dem auch sei, diese Unsicherheit ist eine Tatsache. Aus ihr erklärt sich das ewige Mißtrauen, das die Deutschen und vor allem Nationalsozialisten nicht verstehen können, die selbstsicher für ihr eigenes Volk heute eine strahlende Zukunft gleich für tausend Jahre vorwegnehmen.

Dieses Mißtrauen wurzelt tief in allen Franzosen. Sie erklären es gemeinhin damit, daß in den letzten hundert Jahren die Deutschen in regelmäßigen Abständen über sie hergefallen seien und daß man solchen Menschen eben nie trauen könne. In Wirklichkeit hat dieses Mißtrauen, auch wenn die meisten Franzosen es sich nicht eingestehen wollen, seinen Ursprung in ihrer heimlichen Unsicherheit. Denn man fürchtet den anderen doch nicht so sehr, weil er „zu allem fähig ist", sondern weil man darum bangt, ob man sich im entscheidenden Falle seiner auch wird erwehren können.

Eine spätere Zeit wird vielleicht einmal, wenn die Leidenschaften von heute geschwunden sind, die Jahre nach dem ersten Weltkrieg nüchterner betrachten. Vielleicht wird man dann auch auf die ungeheure Schwierigkeit hinweisen, daß Frankreich einen Sieg zu wahren hatte, den es nicht aus eigener Kraft erfochten hatte. Wir in Elsaß-Lothringen, die wir zwischen den Völkern liegen, meinen, und ich werde es auch hier wiederholen: es gibt nur eine Politik, die der Verständigung. Wir müssen an der ganzen Nachkriegspolitik Frankreichs schwere Kritik üben. Aber es muß doch dieser Kritik vorausgeschickt werden, daß die französischen Staatsmänner eine schwere Erbschaft aus dem Wald von Compiègne, wo der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, mit nach Hause brachten. Vielleicht waren die Umstände stärker, als sie selbst es im besten Fall hätten sein können. Es ist klar, daß Frankreich damals, als Deutschland am Boden lag, sofort an die Verständigung hätte denken und entschlossen auf sie hinarbeiten sollen. Dort wäre sie gewiß viel leichter und billiger gewesen als heute. Aber gerechterweise muß man feststellen, daß eine solche Politik für jeden Franzosen damals fast unmöglich war, daß nur ein ganz Großer sich hätte gegen den mächtigen Strom werfen können. Hier sehen wir Entwicklungen, die vielleicht zwangsläufig sind. Können die Menschen überhaupt das Schicksal wenden?

Mit diesen Betrachtungen und dieser Frage ist natürlich kein Problem der praktischen Politik gelöst. Deshalb müssen wir auch antworten und glauben, daß die Menschen, sofern sie groß genug sind, selbst das Schicksal zu meistern vermögen. Trotzdem ist es kein Vorwurf an Clémenceau, wenn wir auch ihm das Format absprechen, das nötig gewesen wäre, um diese Politik der Verständigung von der ersten Stunde an einzuleiten. Vielleicht ist es ganz besonders schwer, zugleich ein „Vater des Sieges" und ein „Vater des Friedens" zu sein...

Jedenfalls ist die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland bis auf den heutigen Tag nicht zustandegekommen. Und da muß gesagt werden: die französische Nachkriegspolitik war keine glückliche Politik. Denn sie hat keines der beiden Ziele verwirklichen können, die vom Standpunkt auch einer ganz kalten Machtpolitik allein denkbar gewesen wären: weder konnte Deutschland niedergehalten werden, noch wurde zu ihm ein annehmbares Verhältnis gefunden. Das deutsche Reich ist heute wieder stark und geschlossener denn je. Zugleich steht ihm Frankreich zur Stunde schroff gegenüber.

Damit wird aber auch deutlich, daß die französische Politik der Bündnisse unwirksam ist. Diese Verbündeten haben Frankreich nicht nur schwer Geld gekostet, sondern sich außerdem in wichtigen Fällen als unsichere Genossen erwiesen. Das Beispiel Polens ist eindringlich genug. Durch diese Verbündeten ist Frankreich in Verwicklungen verstrickt worden, die es unmittelbar gar nicht interessierten. Man denke an den ostafrikanischen Krieg, zu dem Mussolini nicht zuletzt durch Laval ermutigt wurde, der ihm, um sich der Freundschaft Italiens zu versichern, in Abessinien freie Hand gab, was wiederum zu Schwierigkeiten mit England führte. Man denke an den unseligen Russenpakt, der die letzten Ereignisse am Rhein erst auslöste. Auch in Frankreich haben sich viele Stimmen gegen eine Verbindung mit dem staatlichen Ausdruck der Weltrevolution erhoben, dessen Machtpolitik genau wie zur Zeit der Zaren zu gefährlichen Zusammenstößen in Europa oder Asien führen wird. Und hier zeigt sich deutlicher als sonst die gefährliche Wühlarbeit dunkler Mächte, die in diesen Tagen mit einer nie gesehenen Erbitterung alles tun, um auf einen blutigen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland hinzuarbeiten.

Es wird einmal als eine bedenkliche Ironie der parlamentarischen Geschichte angesehen werden, daß ausgerechnet eine Regierung, die in Paris nur ein Vakuum bis zu den nächsten Kammerwahlen ausfüllen sollte, außenpolitisch derart entscheidende Vorkommnisse mithervorrufen half. Denn das ist doch wohl heute klar, daß Laval nicht wegen seiner „Hungerdekrete" fiel, wie eine tobende Linke es jeden Tag in die Welt hinausschrie, sondern weichen mußte, weil er die Ratifizierung des Russenpaktes nachträglich nicht mehr betreiben wollte. Sarraut hat noch gar nichts an den Bestimmungen der „Hungerdekrete" gemildert (die mit Recht übrigens als eine Bedrückung des kleinen Mannes empfunden werden und die nicht die Wirtschaft ankurbeln, sondern höchstens noch drosseln werden), und trotzdem hält ihn die Linke bis zu den Kommunisten, eben weil er den Russenpakt unter Dach brachte.

Bei der entscheidenden Kammerabstimmung trat für einmal eine Geschlossenheit der elsässischen Abgeordneten zu Tage, wie man sie leider selten erlebt: ohne Unterschied der Auffassung und der Partei, ohne Unterschied insbesondere, ob er den chauvinistischen Kreisen oder dem heimatrechtlichen Lager angehört, sprach sich keiner für das Bündnis mit Sowjetrußland aus. Den einzigen Deputierten, der sich für den Pakt aussprach, kann man in diesem Zusammenhang füglich übersehen: der Sozialist Georges Weill stimmte natürlich anders. Damit blieb er jenen Mächten, die zum Krieg hetzen, und schließlich sich selber treu, denn auch den nächsten Krieg wird er vermutlich ebenso wenig wie den letzten in den Gräben der vordersten Linie verbringen. Die Geste aber der Elsässer in der Kammer hat als Mahnung ihre Bedeutung. Hier hat der Instinkt der Menschen an der Grenze gesprochen. Dieser Instinkt hat für einen Augenblick alle ihre Gegensätze überbrückt, denn er stieg aus der Geschichte von Jahrhunderten empor, die in diesem Land immer wieder von Krieg, Verwüstung und Tod berichtet.

Es scheint uns reichlich müßig, in die große Debatte über die Frage einzugreifen, wer bei den letzten Geschehnissen Recht oder Unrecht hatte. Die Franzosen, denen als Romanen die Formeln römischer Rechtsbetrachtung im

Blute liegen, zeigen auf die Paragraphen der Verträge von Versailles und von Locarno und beweisen, daß Deutschland sie verletzt hat. Die Deutschen behaupten, die Voraussetzungen für die Abmachungen von Locarno seien durch das französisch-russische Militärbündnis, das durch das tschechoslovakische Zwischenglied ergänzt wird und zweifellos gegen das Reich gerichtet ist, von Grund auf verschoben worden, sodaß mit der Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone geantwortet werden mußte. Daß auch sie recht haben können, werden wenig Franzosen aus Gründen, die wir zum Teil schon gestreift haben, verstehen wollen. Für die Deutschen, und darin haben sie ebenfalls recht, ist die Gleichberechtigung so lange nicht verwirklicht, als sie nicht auch militärisch über ihr ganzes Hoheitsgebiet so frei verfügen können, wie die anderen Staaten auch. Dieser zwingenden Logik verschließen sich viele Franzosen zwar nicht, aber sie halten es für ganz unnötig, den Schluß Hitlers zu ziehen. Sie sagen: bei uns denkt doch niemand daran, die Deutschen anzugreifen. Diese brauchen infolgedessen auch keine Soldaten in der Nähe unserer Grenze zu haben. Damit haben auch die Franzosen recht. — So könnte man dieses Wortspiel beliebig fortsetzen. Aber es ist klar, daß dabei nichts herauskommt.

In den letzten Tagen ist natürlich auf der französischen Seite die berühmte Papierfetzentheorie wieder ausgegraben worden. Sie mag als Schlagwort, um die Massen aufzuputschen, ihren Nutzen haben, aber vernünftige Menschen sollten doch keinen Augenblick lang verkennen, daß sie recht töricht ist. Sie müßten wissen, daß die deutschen Staatsmänner keineswegs das Monopol für sich in Anspruch nehmen können, die Verträge wie Papierfetzen zu behandeln. Ein deutscher Staatsmann hat sich in dieser Hinsicht höchstens dadurch hervorgetan, daß er treuherzig das beim Namen nannte, was andere auch tun, aber klug genug sind, nicht weiter in der Öffentlichkeit „begründen" zu wollen. In Wirklichkeit gehen auch andere einfach über Verträge hinweg, wenn sie ihnen unbequem oder unnütz scheinen. Davon kann auch die Schweiz ein Lied singen. Oder man denke nur an Italien, das entgegen seinem Bündnisvertrag mit Deutschland und Österreich-Ungarn im letzten Kriege nicht nur neutral blieb, sondern sogar seinen bisherigen Verbündeten in den Rücken fiel. Wenn man schon an die staatspolitischen Handlungen den privatrechtlichen Maßstab von Treu und Glauben anlegen will, so muß doch jeder billigerweise zugeben, daß damals das Vorgehen Italiens bei weitem „unehrlicher" war als heute das Vorgehen Deutschlands, das bis auf weiteres noch keine fremde Grenze überschritten hat. In Paris und London hat man Italien nie „Papierfetzen" vorgeworfen. Im Gegenteil, wenn man den Vergleich weiterführt, muß man sagen, Frankreich und England sind damals die sehr aktiven Komplizen des italienischen Treubruchs gewesen. Also damit kommt man nicht einen Schritt weiter.

Trotzdem mag es nicht unnötig sein, auf diese Gedankengänge hinzuweisen, die in ihrer Einseitigkeit jeder tatsächlichen Grundlage entbehren, im Leben der Völker und sogar im Handeln vieler Staatsmänner jedoch oft eine große und nicht selten sogar verhängnisvolle Rolle spielen. Wer diese Gedankengänge, die in hundert anderen Abarten in den Massen sich auswirken, einmal festgestellt hat, ermißt erst voll, welche Schwierigkeiten rein sentimentaler Natur einer wirklichen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk entgegenstehen. Dabei sind die tatsächlichen Interessengegensätze, die natürlich auch vorhanden sind, noch nicht einmal erwähnt. Es ist eben nicht so leicht, das in die Tat umzusetzen, was der Vernunft entsprechen würde, und es ist anzunehmen, daß im Laufe der Geschichte schon manche Völker zugrunde gegangen sind, weil sie unvernünftig geblieben sind bis an ihr Ende.

Aber diese Betrachtungen sollen nicht pessimistisch sein. Es gilt einfach nur, die Tatsachen zu sehen. Geschehen ist doch bis auf weiteres noch nichts, als daß deutsche Truppen ihre Friedensgarnisonen auf der linken Seite des Rheins wieder bezogen haben. Sofern nicht alle verantwortlichen Leute im Reich den Verstand verloren haben, was immerhin nicht gut anzunehmen ist, wird kein deutscher Soldat

an die französische oder belgische Grenze auch nur rühren. Es ist darum auch nicht verständlich, warum der französische Generalstab, wie amtlich gemeldet wurde, diesseits der Grenze umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen hat. Ob vom rein militärischen Standpunkt aus die Stellung Frankreichs durch die Besetzung des Rheinlandes heute viel bedrohter ist, können wir nicht beurteilen. Es soll Fachleute geben, die es bezweifeln. Aber in der wenig glücklichen Rede des Ministerpräsidenten Sarraut vom Sonntag den 8. März ist wohl der Satz der unglücklichste, der von „Straßburg unter dem Feuer der deutschen Kanonen" handelt. Denn, um nach Straßburg zu schießen, könnte die deutsche Artillerie wahrscheinlich ruhig im Schwarzwald bleiben und brauchte nicht nach Kehl zu kommen.

Daß Deutschland früher oder später, besonders nach der Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht, das Rheinland wieder besetzen würde, werden doch wohl auch maßgebliche Leute in Paris nicht bezweifelt haben. In diesem Zusammenhang sei übrigens daran erinnert, daß sich seit Locarno auch im militärischen System Frankreichs eine wesentliche Änderung vollzogen hat: Nach 1926 nämlich ist an der französischen Ostgrenze ein Festungswall entstanden, wie er wohl in der Geschichte noch kaum gesehen wurde. Kenner behaupten, daß er eigentlich uneinnehmbar ist. Es ist doch also nicht so, daß die Deutschen morgen, falls sie das wirklich vorhätten, einfach nach Paris spazieren könnten. Im Gegenteil ist keine Veranlassung vorhanden, in Panik zu machen. Erfreulicherwise hat die Grenzbevölkerung in Elsaß-Lothringen, die doch am meisten Anlaß zur Sorge hat, wenn dunkle Wolken sich zwischen Deutschland und Frankreich zusammenballen, in diesen Tagen, wo manche Leute und wahrscheinlich gerade die, welche beim letzten Krieg auch schon mit dabei waren, fast den Eindruck erweckten, als ob sie wieder nach Bordeaux umziehen wollten, ihre Ruhe bewahrt. Das dürfte überhaupt die große Pflicht sein: die Ruhe zu bewahren und nüchtern die Schwierigkeiten auf beiden Seiten zu erkennen. Denn dies ist die erste Voraussetzung, wenn die Mißverständnisse tatsächlich zerstreut werden sollen.

Auch Frankreich soll und muß, wie es übrigens in vorbildlicher Weise von dem besonnenen Briten Baldwin vorgemacht wurde, eine ruhige Politik treiben. Denn es will doch eine Großmacht und nicht ein Staat vierten Ranges sein, der Zeter und Mordio schreien muß, weil er immer in der Angst lebt, von einem großen Nachbar aufgefressen zu werden. Diese ruhige Politik darf sich allerdings der Erkenntnis nicht verschließen, die im elsaß-lothringischen Grenzland bei den französischen Bürgern deutscher Sprache seit langem Allgemeingut geworden ist, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: die einer endgültigen Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses oder in mehr oder minder naher Zukunft einen neuen Krieg, dessen Folgen für Elsaß-Lothringen jedermann klar sind und dessen Auswirkungen auch für Frankreich und wohl für ganz Europa kaum abzusehen wären.

Deshalb hat es wenig Sinn, vor dem Völkerbundsrat oder einer anderen Instanz lediglich einen Prozeß gegen Hitler zu gewinnen, sondern Frankreich muß und darf mit Deutschland verhandeln. Das entspricht nicht allein seinem Interesse, sondern auch seiner Würde.

Straßburg, 17. März 1936.

H. Bickler.